

# StaatsZeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 36 / 60. Jahrgang, Montag, 28. September 2009

Ausgabe B  
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6659  
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey



**Edgar Reitz** und Ministerpräsident Kurt Beck waren in Mainz Ehrgäste einer Welturaufführung: Die wichtigsten Filme aus dem Frühwerk von Edgar Reitz sind jetzt restauriert und wurden erstmals nach der Überarbeitung gezeigt. Als großartigen Künstler würdigte Ministerpräsident Beck im Residenz-Filmtheater Regisseur Edgar Reitz. Vor etwa 500 geladenen Gästen eröffnete der Ministerpräsident als Vorstandsvorsitzender der Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur die „Edgar Reitz – Filmwoche 2009“. Kurt Beck, der Reitz samt Sohn und Enkel in Mainz begrüßen konnte, lobte das Schaffen des im Hunsrück geborenen Regisseurs. Besonders in der Trilogie „Heimat“ habe Reitz seine Verbundenheit zum Hunsrück und den Menschen der Region zum Ausdruck gebracht. Beck: „Sie haben dabei wunderbare Bilder geschaffen, mit denen wir auf dem Boden der Heimat stehend die Welt ganz neu gesehen haben. Ihr filmisches Werk Heimat war weit mehr als nur ein kultureller Beitrag; dieses Werk war ein Beitrag zur Bewältigung unserer eigenen Geschichte.“ Der Ministerpräsident machte deutlich, dass die Restaurierung der alten Filme – insgesamt sechs Spielfilme und mehrer Kurz- und Dokumentarfilme aus den frühen 60er Jahren – eine wichtige kulturelle Aufgabe für das Land gewesen sei. Kurt Beck: „Es wäre eine Sünde an der Kultur gewesen, wenn diese alten Filme dem Zahn der Zeit zum Opfer gefallen wären.“ Gemeinsam mit dem Regisseur erlebten Kurt Beck und die illustre Gästeschar anschließend den in neuen Farben erstrahlenden Film „Die Reise nach Wien“ – gedreht 1973 in Simmern im Hunsrück und im vergangenen Jahr aufwändig restauriert.

Foto: Martina Pipprich

## Millionen fließen

### Wirtschaft im Land profitiert

Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat sich in seiner jüngsten Sitzung mit Investitionen des Bundes im Rahmen des Konjunkturpakets II befasst. „Der Bund investiert aus dem Investitions- und Tilgungsfonds insgesamt bis zu vier Milliarden Euro“, erläuterte Finanzminister Carsten Kühl. „Das Geld fließt in Beschaffungen und in die Sanierung von Bundesliegenschaften.“

Ministerpräsident Kurt Beck stellte fest, dass aus dem Fonds insgesamt bis zu 176 Millionen Euro für 108 Maßnahmen zu erwarten sind. „Viele dieser Maßnahmen haben ein Volumen von unter einer Million Euro, so dass sie im Rahmen der vereinfachten Vergabemöglichkeiten schnell zu Aufträgen für rheinland-pfälzische Handwerksbetriebe und Baufirmen werden können.“ Für die Wirtschaft im Land gebe es dadurch noch einen zusätzlichen Konjunkturimpuls über die erfolgreiche Umsetzung des Sonderprogramms „Für unser Land: Arbeitsplätze sichern – Unternehmen unterstützen – nachhaltig investieren“ hinaus.

„Bei mehr als der Hälfte der Maßnahmen handelt es sich um Baumaßnahmen in Kasernen“, so der Finanzminister. „Aber auch das technische Hilfswerk und die Bundespolizei profitieren von verschiedenen Maßnahmen.“

## Beck und Bruch danken Wahlhelfern

Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Karl Peter Bruch danken den vielen Frauen und Männern die sich am gestrigen Wahlsonntag als Wahlhelfer zur Verfügung gestellt haben. Neben vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern seien zahlreiche Beschäftigte des öffentlichen

Dienstes im Einsatz gewesen. Ministerpräsident Beck: „Gemeinsam haben diese Bürgerinnen und Bürger unseres Landes dafür gesorgt, dass die Wahl und die anschließende Auszählung reibungslos verliefen. Sie haben damit einen wichtigen Dienst für unsere Demokratie geleistet.“

## Kinder starten im Land gut in ihr Leben

### Familienministerin Malu Dreyer: 13 weitere Geburtskliniken nehmen am Projekt teil

Das Projekt ‚Guter Start ins Kinderleben‘ wird auf weitere 13 Geburtskliniken im Land ausgeweitet. Das teilte Gesundheits- und Familienministerin Malu Dreyer mit. Bislang waren vier Kliniken in Ludwigshafen und Trier an dem bundesweiten Projekt beteiligt. Die Erfahrungen an den beiden Standorten seien so gut, dass eine Ausweitung auf weitere Geburtskliniken sinnvoll sei.

Das Ministerium fördert die Startphase für die Jahre 2009 und 2010 mit 20 000 Euro pro Klinik und stellt in diesem und dem nächsten Jahr insge-

samt 260 000 Euro zur Verfügung. Die vier Kliniken in Trier und Ludwigshafen erhalten für die Fortführung des Projektes ebenfalls jeweils 20 000 Euro.

Im Rahmen von ‚Guter Start ins Kinderleben‘ wird in den Geburtskliniken ein Screeningbogen bei allen Geburten eingesetzt, um schnell und sicher zu erkennen, ob Familien Unterstützung und Förderung benötigen. Im Mittelpunkt der rheinland-pfälzischen Familienpolitik steht die Förderung von Kindeswohl und Kindergesundheit.

In folgenden Kliniken soll das Projekt umgesetzt werden: Heilig-Geist-Hospital Bingen, Herz-Jesu-Krankenhaus Dernbach, Stadtklinik Frankenthal, DRK Klinikum Westervald Hachenburg, Westpfalz Klinikum GmbH Kirchheimbolanden, Westpfalz Klinikum GmbH Kaiserslautern, Vincentius-Krankenhaus Landau, Klinikum der Stadt Ludwigshafen, Marienklinikum Neuwied, Städt. Krankenhaus Pirmasens, St. Joseph Krankenhaus Prüm, Diakonissen-Stiftungs-Krankenhaus Speyer und St. Josef-Krankenhaus Zell/Mosel.

## Alzey erhält Kunstgymnasium

### Ahnen: Kulturelle Bildung spielt im Land besondere Rolle

Der hohe Stellenwert der kulturellen Bildung in Rheinland-Pfalz soll bald noch deutlicher sichtbar werden: Im rhein Hessischen Alzey entsteht zum Schuljahr 2010/2011 ein Landeskunstgymnasium. Dies teilte Bildungsministerin Doris Ahnen mit.

„Ästhetische Erziehung und kulturelle Bildung spielen im Kanon der Bildungsinhalte in Rheinland-Pfalz eine besondere Rolle. Die Förderung von Kreativität, Fantasie und der Fähigkeit, sich selbst künstlerisch auszudrücken, sind uns wichtig. Das Landesmusikgymnasium in Montabaur bietet seit Jahren für musikalisch besonders begabte Schülerinnen und Schüler ein qualitativ hochwertiges Zusatzangebot und die seit dem Jahr 2008 vorgesehene Landesunterstützung von Jugendkunstschulen leistet ebenfalls einen wichtigen Beitrag. Das neue Landeskunstgymnasium wird in diesem Angebot ein neues Glanzlicht setzen“, zeigte sich Ministerin Ahnen überzeugt.

Neben dem Landesmusikgymnasium für talentierte Nachwuchsmusikerinnen und Nachwuchsmusiker biete das Land in eigener Trägerschaft schon seit

längerem mit dem Heinrich-Heine-Gymnasium in Kaiserslautern auch für sportlich besonders engagierte junge Menschen eine Möglichkeit, hochwertige schulische Bildung mit einer ganz gezielten Förderung von sehr speziellen Fähigkeiten und Fertigkeiten bei Schülerinnen und Schülern zu verbinden. Das Koblenzer Gymnasium Auf der Karthause mache als zweite „Eliteschule des Sports“ im Land ebenfalls ein solches spezielles Angebot.

Am Aufbaugymnasium in Alzey, das in Landsträgerschaft steht, ergebe sich jetzt die Chance dieses Vorhaben zu realisieren. Die absehbaren Entwicklungen ermöglichen, dass dort neben dem jetzigen Auftrag auch neue Aufgaben übernommen werden könnten. Der in Alzey bereits vorhandene Schwerpunkt im Bereich Bildende Kunst, die sehr gute Ausstattung, die baulichen Voraussetzungen, die vorhandene Kompetenz der Lehrkräfte im künstlerischen Bereich und im Umgang mit den elektronischen Medien, die topographische Lage im Zentrum von Rheinland-Pfalz und die gute verkehrstechnische Anbindung ergäben ideale Standortbedingungen.

## Mehr Schutz vor Hochwasser

### Neues Informations- und Beratungszentrum in Mainz

Städte und Gemeinden an rheinland-pfälzischen Flüssen mit großer Hochwassergefahr sollen künftig von der Arbeit eines neuen „Informations- und Beratungszentrum Hochwasservorsorge“ in Mainz profitieren. Es unterstützt die Errichtung und Koordination von Hochwasserpartnerschaften, die über kommunale Grenzen hinweg den Schutz vor Hochwasser weiter optimieren. Umweltministerin Margit Conrad

und Innenminister Karl Peter Bruch sowie die Vorsitzenden von Landkreis, Städtetag und Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz sowie Hochwassernetzwerk Rhein haben im Haus der Kommunalen Spitzenverbände in Mainz die entsprechende „Kooperationsvereinbarung über die Einrichtung und die Unterstützung der Hochwasserpartnerschaften in Rheinland-Pfalz“ unterzeichnet.



**Die Besatzung** der Fregatte „Rheinland-Pfalz“, die vor wenigen Wochen von ihrem Einsatz am Horn von Afrika nach Deutschland zurückkehrte, war jetzt zu Gast in der Mainzer Staatskanzlei. Ministerpräsident Kurt Beck begrüßte Kapitän Markus Rehbein und 26 Besatzungsmitglieder. Sieben Monate schützte die Besatzung Schiffe des Welt-ernährungsprogramms und den Seeweg vor der Küste Somalias. „Ich freue mich, dass die Besatzung der „Rheinland-Pfalz“ wieder gesund zurückgekehrt ist. Sie haben mit ihrem Einsatz im Rahmen der Mission ATALANTA für ein Stück mehr Ordnung auf den Weltmeeren gesorgt“, sagte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident. Sieben Monate Seefahrt und 40 000 zurückgelegte Seemeilen (etwa 74 000 Kilometer) liegen hinter Rehbein und seiner Besatzung: „Die Operation hat ein Höchstmaß an Flexibilität und Motivation gefordert, was den Einsatz zu einer großen Herausforderung und aufgrund der langen Seephasen und kurzen Hafentage einzigartig gemacht hat“, so der Kapitän. Rehbein informierte den Ministerpräsidenten über Erlebnisse und Erfahrungen aus dem Einsatz. Einen großen Erfolg konnte die Besatzung im Kampf gegen die Piraten verbuchen. „Ihre Leistungen verdienen größte Anerkennung und Respekt“, betonte Beck und bedankte sich für den Einsatz der Besatzung der Fregatte.

Foto: Stefan Sämmer

## Die Partnerschaft hat sich bewährt

Ministerpräsident Kurt Beck empfing die neue Botschafterin von Ruanda, Christin Nkulikiyinka, zu deren Antrittsbesuch in der Mainzer Staatskanzlei. „Sie sind eine gute Kennerin beider Länder“, sagte Beck. „Das ist ein Vorteil für die Weiterentwicklung der besonderen Partnerschaft zwischen Ruanda und Rheinland-Pfalz.“

Ihren beruflichen Werdegang begann die neue Botschafterin mit einem Studium in Rheinland-Pfalz. Viele Jahre war sie danach in der ruandischen Botschaft tätig.

Botschafterin Nkulikiyinka und Ministerpräsident Beck stimmten darin überein, dass sich die auch als Graswurzelpartnerschaft bezeichnete langjährige Verbindung zwischen beiden Ländern bewährt habe und inzwischen ein weltweites Vorbild sei. Was deren besonderen Charakter ausmache, habe der 9. Ruandatag in Neuwied Anfang September gezeigt.

Bei dem Treffen kamen auch Probleme von Ruanda zur Sprache. Genannt wurden der Mangel an Energie, die Ausbildungssituation und die wirtschaftliche Entwicklung. Hilfreich sei, so die Botschafterin, dass Ruanda von der Weltbank als weltbesten Reformer ausgezeichnet wurde. Sie hoffe, dies mache das Land für Investoren attraktiver.



Ministerpräsident Kurt Beck empfing die neue Botschafterin von Ruanda, Christin Nkulikiyinka, zu deren Antrittsbesuch in der Staatskanzlei.

Foto: Stefan Sämmer

## Bruch: Sicherheitsmaßnahmen bleiben auf hohem Niveau

Zur Sicherheitslage in Rheinland-Pfalz nach dem Auftauchen eines neuen Drohvideos erklärt der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch: „Seit geraumer Zeit steht Deutschland im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus. Die seit Jahresbeginn ver-

stärkt auch unmittelbar gegen Deutschland gerichteten Drohungen von Al Qaida und anderen islamistischen Organisationen bestätigen das.“

Konkrete Hinweise auf Anschlagplanungen in Rheinland-Pfalz liegen nicht vor.

Die seit Jahren bestehenden intensiven Schutzmaßnahmen an potenziell gefährdeten Einrichtungen in Rheinland-Pfalz werden auf hohem Niveau fortgeführt. Die Einsatzkräfte der Sicherheitsbehörden des Landes sind wachsam.“

## BUNDESRAT

### Gleichbehandlung wurde abgelehnt

Rheinland-Pfalz hat sich gemeinsam mit Bremen und Berlin für eine Verbesserung der Situation von Leiharbeitern eingesetzt. In einem Entschließungsantrag forderten die drei Länder einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung. Dieser solle sicherstellen, dass Leiharbeiter sowohl beim Lohn als auch bei allen weiteren Arbeitsbedingungen genau wie die anderen Beschäftigten im Betrieb behandelt werden. Darüber hinaus solle die Leiharbeit in das Arbeitnehmerentendengesetz aufgenommen werden, so dass Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt werden können. Es falle in letzter Zeit zunehmend auf, „dass einige Unternehmen Leiharbeit gezielt zu „Tariiffucht und Lohndumping nutzen“, begründeten Rheinland-Pfalz, Berlin und Bremen ihre Initiative. Auch Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hatte gefordert, die Ungleichbehandlung müsse enden. Dennoch wurde der Antrag von der Mehrheit der CDU regierten Länder abgelehnt.

### Unrechtsurteile sind jetzt nichtig

Alle Urteile der NS-Justiz wegen „Kriegsverrats“ werden aufgehoben. Hierfür machte der Bundesrat mit seiner einhelligen Zustimmung zum 2. Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile den Weg frei. Zuvor hatte bereits der Bundestag einstimmig für das Gesetz auf Initiative aller Bundestagsfraktionen gestimmt. Der Bundesrat behandelte das Gesetz mit Fristverkürzung, da es anderenfalls in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages neu hätte eingebracht werden müssen.

Der „unbestimmte Tatbestand des Kriegsverrats hat sich als Instrument der NS-Justiz erwiesen, um nahezu jedwedes politisch missliebige Verhalten als „Verrat“ zu brandmarken“, heißt es in der Begründung zum Gesetz. Auf Kriegsverrat stand die Todesstrafe. Das Urteil wurde aus unterschiedlichen Motiven verhängt: für politischen Widerstand, wenn man verfolgten Juden half oder auch nur bei Ungehorsam gegenüber Vorgesetzten.

Bereits 1998 hatte ein Gesetz generell NS-Unrechtsurteile aufgehoben. Damals wurde aber für die Urteile wegen Kriegsverrats eine Einzelfallprüfung vorgeschrieben. Neueste historische Untersuchungen und ein Gutachten im Auftrag des Bundesjustizministeriums belegten, dass „Kriegsverräter“ nicht auf Kosten Dritter gehandelt hatten.

### Ja zu den Lissabon-Gesetzen Mehr Mitsprache von Bundesrat und Bundestag bei EU

Der Bundesrat hat die Begleitgesetze zum Vertrag von Lissabon verabschiedet. Damit machten die Länder in der letzten Sitzung vor der Bundestagswahl den Weg frei für die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Regeln, welche die Beteiligung von Bundestag und Bundesrat an Entscheidungen der EU definieren. Der Bundesrat hatte das Gesetzespaket mit Fristverkürzung beraten, um es vor Ende der Legislaturperiode des Bundestages abschließen zu können. Anderenfalls hätten die vier Gesetze wegen der Diskontinuitätsregel erneut ein komplettes Gesetzgebungsverfahren durchlaufen müssen.

Die Verträge der EU werden traditionell nach den Orten benannt, in denen sie verhandelt wurden. So verbindet sich mit Maastricht die Währungs- und Wirtschaftsunion, mit Amsterdam die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, mit Nizza die Abkehr vom Prinzip der Einstimmigkeit und mit Lissabon vor allem die Demokratisierung der EU über erweiterte Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments.

Karlsruhe hat die Bundesregierung in vielen entscheidenden EU-Fragen an das Votum von Bundestag und Bundesrat gebunden. Die neuen Mitwirkungsrechte verpflichten die Bundesregierung, vor jeder Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel das Parlament zu befragen. Für die Begleitgesetze stimmten im Bundestag CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne, die

auch die Gesetze vorgeschlagen hatten. Die Linke lehnt den EU-Vertrag ab.

Die Vorgaben des Verfassungsgerichts werden hauptsächlich durch das Integrationsverantwortungsgesetz umgesetzt. Es soll sicherstellen, dass der Bundestag an den im Lissabon-Vertrag vorgesehenen Verfahren zur Vertragsänderung ausreichend beteiligt wird. Das zweite Begleitgesetz regelt die Grundgesetzänderungen, die für die Ratifizierung nötig werden.

Die künftige Zusammenarbeit zwischen Bundestag und Bundesregierung in EU-Fragen wird im dritten Gesetz geregelt. Danach muss die Bundesregierung den Bundestag früh, fortlaufend und schriftlich über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union unterrichten. Weiter muss sie dem Bundestag eine Möglichkeit zur Stellungnahme geben, bevor sie Positionen für Verhandlungen festlegt.

Für die Länder bedeutend ist das vierte Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union. Ihm wird die bisherige Bund-Länder-Vereinbarung als Anlage beigelegt, so dass diese Gesetzescharakter erhält.

Nach der Zustimmung des Bundesrates kann der Bundespräsident die Ratifikationsurkunde zum Vertrag von Lissabon hinterlegen. Damit wäre der Vertrag von Deutschland ratifiziert, bevor Anfang Oktober in Irland eine neue Volksabstimmung darüber stattfindet.

### Obst und Gemüse für Kinder Länder übernehmen die Kosten für Schulobstprogramm

„Wer soll das bezahlen?“, lautete einmal mehr die Streitfrage zwischen Bund und Ländern für ein von der EU initiiertes Programm, Kinder zwischen sechs und zehn Jahren in der Schule mit frischem Obst und Gemüse zu versorgen. Inhaltlich waren sich alle einig, dass sich für die gesunde und ausgewogene Ernährung von Kindern engagiert werden müsse. Rund 20 Millionen Euro hatte die EU für ein solches Programm für Deutschland reserviert. Das Problem ist, dass damit nur die Hälfte der Kosten bestritten werden, fünfzig Prozent müssen von deutscher Seite aufgebracht werden.

Über die Finanzierung dieses Anteils stritten Bund und Länder intensiv. Das „Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über das Schulobstprogramm“ beschäftigte sogar den Vermittlungs-

ausschuss. Hier argumentierten die Länder, der Bund müsse die Kosten tragen. Denn schließlich fördere das Programm den Obst- und Gemüseabsatz und sei von der EU im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erdacht worden. Der Agrarmarkt und nicht in erster Linie die Gesundheitsförderung oder sogar schulische Belange (und somit die Kulturhoheit der Länder) stünden hinter dem Schulobstprogramm, daher müsse das Geld vom Bund kommen.

Der Bund zeigte aber keine Bereitschaft einzulernen. Um die Mitfinanzierung der EU nicht verfallen zu lassen, legten die Länder keinen Einspruch gegen das Gesetz ein, das zuvor im Vermittlungsausschuss gegen ihren Widerspruch unverändert geblieben war. Rheinland-Pfalz wird das Schulobstprogramm im Land rund 660 000 Euro jährlich kosten.

## Aktuelle Daten aus dem Netz weisen Rettern nun den Weg

Staatssekretär Roger Lewentz schaltete „WebAtlasDE“ frei

Staatssekretär Roger Lewentz schaltete in Karlsruhe im Rahmen der weltweit größten Fachmesse für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement, der „INTERGEO“, die Internetkartenanwendung „WebAtlasDE“ frei.

„Unabhängig davon, welches Ereignis die Polizei, die Feuerwehr oder die Rettungskräfte in Atem hält – in allen Situationen benötigen die Einsatzkräfte für ihre Planungen in kürzester Zeit verlässliches, aktuelles Kartenmaterial für die gesamte Bundesrepublik. Die Kartenanwendungen, die bisher im Internet zur Verfügung standen, wurden diesen Anforderungen meist nicht gerecht“, so Staatssekretär Roger Lewentz. Oft würden die Karteninhalte nicht einheitlich dargestellt oder seien veraltet. „Mit WebAtlasDE steht nun erstmalig eine Anwendung zur Verfügung, die beim Aufruf automatisch eine Karte aus den aktuellen amtlichen Datenbeständen der Landesvermessungsbehörden der Länder generiert“, so Lewentz weiter. Sie liefere damit auf amtlicher Basis flächendeckend bis in den ländlichen Raum die notwendigen Informationen in den Maßstäben von 1 : 10 000 bis 1 : 200 000.

Unter der Federführung von Rheinland-Pfalz hätten bisher elf Länder an der Entwicklung dieser Webanwendung mitgewirkt. Zwei weitere Bundesländer wollten sich künftig ebenfalls an diesem Produkt beteiligen. „Die noch fehlenden Bundesländer



Innen-Staatssekretär Roger Lewentz.

werden mit Sicherheit ebenfalls die Vorzüge dieser Anwendung erkennen und hoffentlich in Kürze an der Weiterentwicklung mitarbeiten“, erklärte der Staatssekretär.

Die Anwendung WebAtlasDE steht unter: <http://www.lvermgeo.rlp.de/webatlasde/> zur Verfügung.

## Die Region präsentiert sich

Kommunen und Landkreise beteiligen sich an der BUGA

Der große Erfolg der Bundesgartenschau Schwerin 2009 ist unter anderem auf deren hervorragende Einbindung in die Region zurückzuführen. Auch die Kooperation der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH mit den Landkreisen, Kommunen und weiteren Akteuren der Region ist bereits so weit gediehen, dass die Planer das Projekt „BUGA in der Region“ nun der Öffentlichkeit vorstellen konnten. Kern der Zusammenarbeit ist ein umfangreicher und besonders hochwertiger Ausstellungsbeitrag auf dem Plateau Festung Ehrenbreitstein, wo sich die „BUGA-Partner der Region“ während der Bundesgartenschau Koblenz 2011 im Hauptgraben präsentieren werden. Oberbürgermeister Dr. Eberhard Schulte-Wissermann, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH, sowie Staatssekretär Roger Lewentz, der BUGA-Beauftragte der Landesregierung, zeigten sich erfreut über das

Konzept dieses Projektes.

Auf der Bundesgartenschau Koblenz 2011 wird die Region mit einem attraktiven Ausstellungsbeitrag vertreten sein. Unter dem Titel „Schätze der Region“ werden 13 Themengärten mit jeweils 80 bis 100 Quadratmetern geplant.

Den Themengärten inhaltlich und räumlich zugeordnet liegen die Beiträge der „BUGA-Partner der Region“, die zu dem jeweiligen Thema des Gartens sehenswerte Projekte, interessante Ausflugsziele und spannende Orte präsentieren. Die Beiträge aus der Region werden aus touristischen und wissenschaftlichen Informationen und attraktiven Bildern, Fotos und Zeichnungen nach einheitlichem Layout zusammengestellt werden.

Eine Liste der bisher angemeldeten Akteure mit deren Internetpräsenzen findet sich auf der offiziellen BUGA-Homepage [www.buga2011.de](http://www.buga2011.de) unter dem Menüpunkt „Koblenz + Region“.



Vertreter der Stadt Koblenz, der benachbarten Kommunen, des Tourismus, der BUGA und der Landesregierung, mit dem BUGA-Beauftragten Staatssekretär Roger Lewentz an der Spitze, stellen auf der Festung Ehrenbreitstein das Projekt „BUGA in der Region“ vor.

## StaatsZeitung

erscheint einmal wöchentlich

**Herausgeber:** Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

**Druck und Verlag:** Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

**Redaktion für die StaatsZeitung:** Rolf Becker, Monika Fuhr, Michael Maurer (Koordination), Walter Schumacher (verantwortl.).

**Redaktion für Staatsanzeiger:** Bettina Luckas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortl.) – (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz – Amtliche Bekanntmachungen – ist ständige Beilage der StaatsZeitung – Ausgabe A –.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91. Internet-Adresse: [www.stz.rlp.de](http://www.stz.rlp.de); E-Mail: [staatszeitung@stk.rlp.de](mailto:staatszeitung@stk.rlp.de). Staatsanzeiger: Tel. 0 61 31 / 16 47 53, Fax: 0 61 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Herausgeber: Der Präsident des Landtags  
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>  
E-Mail-Adresse: [Pressestelle@landtag.rlp.de](mailto:Pressestelle@landtag.rlp.de)

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz  
Telefon: 0 61 31 / 20 80, Durchwahl 2 08 - 22 10 oder 2 08 - 24 17

## Gescheiterte Privatfinanzierung im Fokus

### Untersuchungsausschuss „Nürburgring GmbH“ ordert umfangreiche Aktenmengen

Der Untersuchungsausschuss Nürburgring wird nach der Herbstpause seine ersten Beweisbeschlüsse fassen können. In der konstituierenden Sitzung am 16. September orderten die Ausschussmitglieder zunächst einmal umfangreiche Akten von verschiedenen Ministerien, Behörden und Unternehmen. Er rechnet mit einer „Unmenge“ von Akten, die alle erst einmal sortiert, durchnummeriert und dann eingesehen werden müssten, sagte der Ausschuss-Vorsitzende Carsten Pörksen (SPD). Bis zur nächsten Sitzung am 6. Oktober solle der wissenschaftliche Dienst des Landtags einen Arbeitsplan für die weiteren Sitzungen entwerfen.

Der Untersuchungsausschuss soll klären, wie die gescheiterte Privatfi-

nanzierung der Erlebniswelt am Nürburgring zustande kam, ob Schäden entstanden sind und wer in der Landesregierung und in der Geschäftsführung der Landestochter Nürburgring GmbH die Verantwortung dafür trägt.

Zu diesem Zweck forderten die Abgeordneten Akten aus mehreren Ministerien und der Staatskanzlei, von verschiedenen Genehmigungsbehörden und von den Staatsanwaltschaften in Frankfurt am Main und Koblenz an. Außerdem wolle man von der Landesregierung eine aktuelle Aufstellung der Firmenbeteiligungen am Nürburgring samt deren Geschäftsführer, sagte Pörksen.

Zudem forderte der Ausschuss Handelsregisterauszüge über alle beteiligte

Firmen an. Außerdem wollen die Abgeordneten Akten von der Nürburgring GmbH, der Firma Pinebeck, deren Mutterfirma IPC, der am Nürburgring engagierten Firma Mediinvest sowie von Finanzvermittlern, insbesondere dem Schweizer Urs Barandun.

Die Firma Pinebeck hatte die Immobilien am Nürburgring kaufen und dafür mit Hilfe von Barandun eine Finanzierung über amerikanische Lebensversicherungen auf die Beine stellen wollen. Der Deal war Anfang Juli geplatzt, der damalige Finanzminister Ingolf Deubel (SPD) zurückgetreten. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt inzwischen wegen Betrugs gegen Barandun sowie die Pinebeck-Geschäftsführer Michael Merten und Normann Böhm.



**Zeitung lesen macht schlau.** Das haben Forscher der Universität Koblenz-Landau wissenschaftlich bewiesen. Wer täglich aufmerksam die Nachrichten verfolgt, hat eine höhere Allgemeinbildung, kann sich besser ausdrücken und zeigt mehr Interesse an Politik und Wirtschaft. Aus diesem Grund startete die Allgemeine Zeitung, unterstützt vom Bildungsministerium Rheinland-Pfalz, im September erstmals das Projekt „Fit durch Information – Azubis lesen Zeitung“. Auch der Landtag Rheinland-Pfalz beteiligt sich an dem Projekt um die Allgemeinbildung der zwei derzeitigen Auszubildenden zu fördern. Tanja Secker und Eric Nauheimer (im Vordergrund) erhalten ein Jahr lang jeden Morgen die Allgemeine Zeitung und müssen in regelmäßigen Abständen einen Wissenstest der Uni Koblenz-Landau absolvieren. Gefragt wird aus den unterschiedlichsten Wissensbereichen. Von Politik über Wirtschaft bis hin zum Sport. So sollen sich das Interesse und Engagement der Jugendlichen für Politik und Gesellschaft erhöhen, aber auch Kompetenzen wie Rechtschreibung und sprachlicher Ausdruck verbessert werden. Unser Foto zeigt die beiden Auszubildenden an ihrem ersten Arbeitstag im Plenarsaal. Viel Erfolg wünschten zum Ausbildungsbeginn Abteilungsleiterin Dr. Daniela Franke (3. v. re.) zusammen mit den Personalräten Vera Grundel und Michaela Jordan sowie der stv. Personalreferentin Andrea Müller.  
Foto: Sascha Kopp



Carsten Pörksen (SPD, links) als Vorsitzender und Dr. Axel Wilke (CDU) als Stellvertreter, leiten den jetzt konstituierten Untersuchungsausschuss „Nürburgring GmbH“. Für die Fraktionen fungieren als Obleute: Clemens Hoch (SPD), Christian Baldauf (CDU) und Günter Eymael (FDP). Die erste, öffentliche Beweisaufnahme wird nach den Herbstferien stattfinden.  
Foto: Klaus Benz

## „Spitzelprojekt“ sofort stoppen

### CDU kritisiert Auftrag zur Befragung von Betriebsräten

Die Landesregierung „spionierte“ Unternehmen aus, diesen Vorwurf erhob Alexander Licht, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Ein aktuelles Projekt, mit dem interne Informationen über Betriebsräte erhoben würden, müsse sofort gestoppt werden. Die CDU-Fraktion werde das zum Thema im zuständigen Ausschuss machen.

Aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der FDP-Landtagsfraktion gehe hervor, dass das Ministerium für Arbeit und Soziales einen Projektauftrag vergeben habe, mit dem Betriebsräte aufgefordert werden in wöchentlichen Befragungen Auskunft über Betriebsinterne wie Auftragslage, Produktionsplanung, Schichtplanung und Beschäfti-

gungslage zu geben. Hier müssten auch die Gewerkschaften klare Worte finden.

Für Informationen zur Wirtschaftslage und zur Situation der Betriebe im Land seien die Kammern der natürliche und kompetente Ansprechpartner. „Es ist ein Unding, dass hier nun seitens der Landesregierung ein Spitzelprojekt ins Leben gerufen wird, mit dem an den Geschäftsführungen, Betriebsinhabern und Kammern vorbei interne Daten erhoben und weitergegeben werden sollen. Hier werden Betriebsräte für eine Aufgabe missbraucht, die auch unter datenschutzrechtlichen Aspekten höchst problematisch ist.“ Dieses Projekt könne das so wichtige Vertrauensverhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Kammern nachhaltig beschädigen, so Licht.



Über die Arbeit der Landesmusikakademie, des Landesmusikrats und der Villa Musica informierten sich Mitglieder der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des Landtags bei ihrem Besuch in Neuwied-Engers. Während sich der Landesmusikrat als Dachorganisation der Gesangs- und Musikverbände im Land um Breitenförderung bemüht und in der Landesmusikakademie herausragende Laienmusiker weiterbildet, hat die Stiftung Villa Musica seit 1986 die Aufgabe musikalische Spitzenförderung zu betreiben. Die räumliche Nähe im Schloss Engers und in einem Nebengebäude unterstützt die hervorragende Zusammenarbeit. Kompetente Gesprächspartner der ehemaligen Parlamentarier waren der Präsident des Landesmusikrates Prof. Hans-Christoph Mahling und der stellv. Geschäftsführer der Landesmusikakademie Dirk Hübinger.

Theo Magin unterstrich als Vorsitzender der Vereinigung, die hohe Bedeutung der Kulturförderung durch das Land, wobei er den Wunsch des Musikrates nach einem weiteren Standort für die Musikakademie in der Pfalz als wichtiges Ziel unterstützte. Durch den Geschäftsführer der Stiftung Villa Musica, Dr. Karl Böhmer, konnten die ehemaligen Abgeordneten nicht nur das Schloss Engers kennen lernen, sondern auch umfassende Informationen über die Tätigkeit der Stiftung erhalten. Es wurde deutlich, dass in Engers ein Zentrum für die Förderung junger Musiker entstanden ist, das national und international seinesgleichen sucht. Von der hohen Qualität der jungen Musikerinnen und Musiker konnte sich die Gruppe auch bei einem Konzert kammermusikalischer Ensembles in Diana-Saal überzeugen.  
Foto: Landtag

## Protest der Fachärzte

### FDP sieht Patientenversorgung gefährdet

In Kaiserslautern und Umgebung protestieren Fachärzte, weil die Honorare, nach den aktuellen Honorarmittelungen der Kassenärztlichen Vereinigung, offenbar nicht ausreichend seien, um einen Niedergang von Facharztpraxen zu verhindern. Dies sei trotz gegenteiliger Bekundungen von Bundes- und Landesregierung der Fall, sagte Dr. Peter Schmitz, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Laut Medienberichten beschrieben die Fachärzte der Region die Situation als bedrohlich.

Vor diesem Hintergrund habe er eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet, so Schmitz. Er wolle

von Gesundheitsministerin Malu Dreyer wissen, in welchen Facharztgruppen es zu einer Kürzung der Regelleistungen im Rahmen der Honorarreform gekommen ist und gegebenenfalls in welcher Höhe. Außerdem solle geklärt werden, welche Auswirkungen dies auf die fachärztliche Versorgung der Patienten und auf die Beschäftigten in den Arztpraxen hat.

Insbesondere in den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz stelle die ärztliche Versorgung der Menschen ein Problem dar. Diese sei auch in Zukunft immer weniger gewährleistet, deshalb müsse die Bundes- und Landesregierung handeln.

## Bildung grundsätzlich kostenfrei

### SPD begrüßt Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten

Als Freudentag für Familien in Rheinland-Pfalz, begrüßte Heike Raab, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, den 1. September, an dem die vollständige Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten für Drei- bis Sechsjährige begann. Damit werde der finanzielle Spielraum von Eltern für die Bildung ihrer Kinder deutlich größer. Die Entlastung pro Kind betrage im Landesdurchschnitt ca. 700 Euro jährlich.

Rheinland-Pfalz sei das erste Bundesland, das diesen mutigen Schritt vollzogen hat, sagte Heike Raab. Bildungsteilhabe und Chancengleichheit würden von der SPD-geführten Lan-

desregierung ernst genommen. Die jugendpolitische Sprecherin betonte, es sei für ihre Fraktion ein wichtiges politisches Ziel, möglichst 100 Prozent aller Kinder im Kindergarten frühkindlich zu bilden. Der mehrjährige Besuch vergrößere die Startchancen von Kindern unabhängig von der sozialen oder geografischen Herkunft. Deshalb sei der gebührenfreie Kindergarten ein Muss.

In Rheinland-Pfalz sei Bildung jetzt grundsätzlich kostenfrei von der Kita bis zum gebührenfreien Erststudium. Damit zeige ihre Fraktion, wie stringent sozialdemokratische Bildungspolitik sei.



## Studientage „Rechtsextremismus im Alltag“

Auftaktveranstaltung im Landtag – Informierte Bürger können sich engagieren



Musik sorgt nicht nur für gute Stimmung, sondern kann Menschen auch für Themen begeistern. Bei der Auftaktveranstaltung zu den Studientagen „Rechtsextremismus im Alltag“ mit rund 100 Schülerinnen und Schülern der Berufsbildenden Schule Bingen bildete die Lehrerband der Schule mit ihrer thematisch passenden Musik den schwungvollen Auftakt. Wie dieser Effekt auch von der rechtsextremen Szene instrumentalisiert wird, war eines der Themen des Studientages.

Landtags-Vizepräsidentin Hannelore Klamm begrüßte herzlich die Projektpartner, die Landtagsabgeordneten Michael Hüttner (SPD) und Walter Strutz (FDP), sowie die Schülerinnen und Schüler. In ihrer Ansprache hob sie die Bedeutung der informativen Arbeit des Landtages bezüglich des Rechtsextremismus hervor. „Denn nur informierte Bürger“, so Klamm, „können sich aktiv engagieren und so zur Bewahrung der Demokratie beitragen.“ Zur Motivation jedes Einzelnen gab sie praktische Anregungen: Leserbriefe schreiben, sich in der Opferhilfe engagieren oder an Demonstrationen gegen den Rechtsextremismus teilnehmen. „Bei der Prävention gegen den Rechtsextremismus müssen wir frühzeitig ansetzen und alle Lebensbereiche erreichen. Dabei sind die Eltern heute genauso gefordert wie die Lehrer.“

Der Pädagoge Hans Berkessel, der die Reihe der Studientage maßgeblich initiierte, unterstützte diesen Aufruf: „Das Bild des Rechtsextremismus bedarf dringend der Korrektur: Er ist nicht nur ein Problem im Osten Deutschlands, sondern inzwischen auch im Westen, und schleicht sich mittlerweile in alle Lebensbereiche ein. Wir müssen frühzeitig handeln, um ihm entgegenzuwirken.“

Der Film „Wölfe im Schafspelz – Rechtsextremismus heute zwischen Agitation und Gewalt“ des Politologen Dr. Rainer Fromm bot einen Einblick in die aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und die dahinter stehenden Strukturen. Der Film

zeigte den Teilnehmern eindringlich, dass der Rechtsextremismus heute in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Andreas Müller vom Innenministerium bestätigte diese Aussage, auch wenn der Verfassungsschutz sich nur mit sichtbaren Formen des Rechtsextremismus wie entsprechenden Straftaten oder Aktivitäten rechtsextremer Parteien und Organisationen befasst – also „Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“. „Der Kampf gegen entsprechende Einstellungen hingegen ist“, so Müller, „nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes, sondern der Gesellschaft.“ In seiner Situationsbeschreibung „Rechtsextremismus und Jugend in Rheinland-Pfalz“ zeigte er, dass es heute den Standardtyp des Rechtsextremen nicht mehr gibt, der an der Glatze, den Springerstiefeln und dem Baseballschläger erkennbar ist.

Genauso informativ und abwechslungsreich wie der Vormittag verlief der Nachmittag; die Schülerinnen und Schüler konnten zwischen fünf Workshops auswählen:

Im ersten Workshop mit dem Titel „Demokratie & Toleranz: Texte gegen den Extremismus und für Menschenrechte“ wollte der Schriftsteller Urs Feichtner eigentlich aus seinen Arbeiten lesen, auf Wunsch der Teilnehmer erzählte er dann jedoch seine Lebensgeschichte und berichtete von seinen Erfahrungen mit Opfern des Extremismus.

Hans Berkessel besprach und interpretierte in seinem Workshop mit den Schülern „Rechtsextremistische Musik am Beispiel der NPD-Schulhof-CD“.

Gemeinsam mit Christian Möckel (Netzwerk Demokratie und Courage Rheinland-Pfalz) gaben sich die Schülerinnen und Schüler auf die Spurensuche nach „Rechtsextremistischen Symbolen und ihrer Bedeutung“. Dabei fanden sie nicht nur heraus, welche Symbole dem Rechtsextremismus zugeordnet werden können, sondern auch, auf welche Versatzstücke rechter Ideologien sie sich beziehen.

Michael Wörner-Schappert (jugendschutz.net) bot einen Überblick zum Umgang mit „Rechtsextremismus im Internet“ und gab konkrete Handlungstipps für Internetnutzer, die auf rechtsextreme Internetseiten stoßen, z.B. die Seite bei jugendschutz.net zu melden oder sich zu organisieren und gemeinsam mit anderen Kommentare in rechtsextremen Blogs und Gästebüchern zu hinterlassen.

Selbst aktiv werden konnten die Teilnehmer im Workshop „Rechtsextremismus und Gewalt“ mit dem Anti-Gewalt-Trainer Stefan Werner. An einem Schüler demonstrierte er im Rollenspiel, wie ein Jugendlicher, den er betreibt, sein Opfer mit Schlägen und Tritten zugerichtet hat.

Mit der Auftaktveranstaltung startete eine Reihe von Studientagen zum Thema „Rechtsextremismus im Alltag – Subkulturen und ihre Wirkung auf Jugendliche“ für Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen allgemein- und berufsbildender Schulen. Die Studientage werden von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. in Zusammenarbeit mit dem Landtag Rheinland-Pfalz, der Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt in der Staatskanzlei, dem Innen- und Bildungsministerium, der Deutschen Vereinigung für politische Bildung e.V. und der Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim ausgerichtet. Unterstützt werden sie von seinem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Initiativen und staatlicher Stellen.

Weitere Studientage der Reihe finden in diesem Jahr am 4. und 11. Dezember in der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im Weiterbildungszentrum Ingelheim statt.

Unter folgenden Kontaktdaten erhalten Sie mehr Informationen zu den Studientagen und können Ihre Schule zur Teilnahme anmelden: Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. (DeGeDe) Deutschen Vereinigung für politische Bildung e.V. (DVVB) Hans Berkessel, Telefon: (06132) 84970, E-Mail: HansBerkessel@aol.com.

## Kommunalbericht deckt Mängel auf

CDU und FDP: Verbraucherschutz erfordert modernes Management

Die Lebensmittelkontrolle, als ein wesentlicher Bestandteil des Verbraucherschutzes, werde von ihrer Fraktion mit einer Großen Anfrage auf den Prüfstand gestellt, erklärte Dorothea Schäfer, verbraucher-schutzpolitische Sprecherin der CDU.

Der Kommunalbericht des Landesrechnungshofs habe auch in diesem Bereich gravierende Probleme deutlich gemacht. Unter anderem würden eine unzureichende personelle Ausstattung und eine ungleichmäßige Kontrolldichte kritisiert.

Die Aussage von Staatsministerin Margit Conrad, es gäbe eine flächendeckend gesicherte Qualitätsüberwachung, werde im Kommunalbericht widerlegt. Die Landesregierung müsse nun im Einzelnen darlegen, wie es um die Lebensmittelkontrolle im Land stehe und welche Konsequenzen sie aus der Kritik des Landesrechnungshofs ziehe.

Für eine gute Lebensmittelüberwachung müssten die Kommunen entsprechend ausgestattet werden, so

Schäfer. Es sei Aufgabe der Landesregierung die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein landesweit einheitlicher Standard möglich werde.

Ein wirksamer Verbraucherschutz sei nur möglich, wenn das Landesuntersuchungsamt auf neue Herausforderungen ausreichend vorbereitet sei, erklärte auch Ute Schellhaaß, verbraucher-schutzpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion.

Gerade hinsichtlich neuer Entwicklungen in nahezu allen Lebensbereichen, der Globalisierung der Märkte und des Handels im Internet würden künftig noch größere Herausforderungen auf das Landesuntersuchungsamt zukommen.

Vor diesem Hintergrund sei die effiziente Organisation des Landesuntersuchungsamts mittels moderner Managementinstrumente, wie dem Einsatz von Controlling und Labor-EDV, von erheblicher Bedeutung. Hier sehe sie noch Handlungs- und Informationsbedarf. Seit Frühjahr liege ein Organisationsgutachten vor, das trotz

zahlreicher Anfragen nach wie vor gegenüber der Öffentlichkeit und den Parlamentarier zurück gehalten werde.

## Bewerbungen und Zeugnisse lagen im Müll

Verstöße gegen den Datenschutz häufen sich

Egal ob aus Fahrlässigkeit oder aus anderen Beweggründen, jedem müsse klar sein, dass Verstöße gegen den Datenschutz kein Kavaliersdelikt seien, sagte Carsten Pörksen, stellvertretender Vorsitzender der SPD Landtagsfraktion und Vorsitzender der Datenschutzkommission.

Pörksen nahm Bezug auf Medienberichte, nach denen in Mainz hunderte von Bewerbungen mit persönlichen Daten in zwei öffentlich zugänglichen Papiercontainern gefunden wurden. In den Containern lagen nach Polizeiangaben Zeugnisse, Lebensläufe, Fo-

## Finanzierung gerechtfertigt

Gutachten stützt gemeinschaftliche Weinwerbung

Die Abgaben für die Absatzförderung von Wein sind verfassungsmäßig. Zu diesem Ergebnis kommt ein aktuelles Gutachten, das im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums erstellt wurde. Damit sei die rechtliche Grundlage für die weitere Arbeit der Gebietsweinwerbung gestärkt, betonte Kathrin Anklam-Trapp, SPD-Abgeordnete aus Rheinhessen und Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau.

Das Rechtsgutachten bejahe eine besondere gemeinschaftliche Finanzierungsverantwortung im Bereich des Weinsektors. Damit sei die Erhebung einer Sonderabgabe zur Finan-



zierung der Weinwerbung gerechtfertigt. Diese werde durch die Bewirtschafter pro Hektar finanziert.

Gemeinschaftliche Marketingmaßnahmen seien gerade beim Weinexport, dem eine immer größere Bedeutung zukomme, sinnvoll. Am Beispiel von Rheinhessen werde die Notwendigkeit zur Gemeinschaftswerbung deutlich. Hier hätten nur wenige der eher klein strukturierten Unternehmen die finanziellen Mittel für einen notwendigen außenwirksamen Werbeauftritt.

Es sei weiterhin sinnvoll, wenn die Weinwirtschaft in eigener Regie und gemeinschaftlich die Gebietsweinwerbung über Sonderabgaben finanziere. Damit verblieben die Gelder bei der Weinwirtschaft und nützten allen Unternehmen und Winzern. Die Arbeit der Weinwerbung und des Deutschen Weininstituts hätten sich bewährt, so Anklam-Trapp.



26 Besatzungsmitglieder der Fregatte Rheinland-Pfalz wurden in der vergangenen Woche von Landtagspräsident Joachim Mertes im rheinland-pfälzischen Landtag empfangen. Die Crew war sieben Monate mit dem Schiff vor der Küste Somalias im Einsatz und kehrte im August von ihrer Mission zurück. Bei ihrer EU-Mission „Atalanta“ gewährte sie Containerschiffen und Tankern Geleitschutz vor Piraten. Fregattenkapitän Markus Rehbein berichtete von einer ganz neuen, aber auch interessanten und fordernden Situation für die insgesamt 225 Besatzungsmitglieder. Zweimal habe man Piraten überwältigt und den zuständigen Behörden übergeben. Mertes bedankte sich bei ihm und den Besatzungsmitgliedern für ihren erfolgreichen Einsatz. Mit diesem Einsatz konnte erreicht werden, dass die Zahl der bei Piratenangriffen besetzten Schiffe von 60 Prozent auf 18 Prozent gesenkt wurde. Foto: Klaus Benz

## Mehr als religiöses Symbol

CDU fordert weiterhin Kopftuchverbot an Schulen

Das Kopftuch sei weit mehr als ein religiöses Symbol. Es stehe im Widerspruch zum freiheitlichen Denken der westlichen Gesellschaft, sagten Bettina Dickes, bildungspolitische Sprecherin, und Dr. Axel Wilke, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Beide Abgeordnete sehen sich auch nach einer Diskussionsrunde der SPD-Fraktion in ihrer Forderung nach einer eindeutigen gesetzlichen Regelung bestätigt. Nur eine Verankerung im Gesetz könne künftige Konflikte vermeiden. Ihre Fraktion habe bereits im Februar dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes vorgelegt. Die SPD-Fraktion halte aber weiterhin eine eindeutige gesetzliche Regelung nicht für notwendig.

Das Kopftuch könne in der Öffent-



Bettina Dickes

lichkeit unterschiedlich verstanden werden. Auch durch die Diskussionsrunde habe nicht widerlegt werden können, dass das Tragen eines Kopftuches nicht nur als Symbol der Identitätswahrnehmung muslimischer Frauen in der westlichen Gesellschaft gesehen wird.

Es werde auch als Ausdruck einer untergeordneten Stellung der Frau empfunden. Dies bestätige die nicht repräsentative Umfrage des Diplomsoziologen Frank Jessen, der als Diskussionssteinehrer geladen war. Das Kopftuch werde nach Jessen vornehmlich aufgrund „struktureller Gewalt“ im Umfeld der Frau getragen. Grade deshalb sei eine eindeutige Regelung zur Vermeidung von Konflikten dringend notwendig, so Wilke.



Dr. Axel Wilke

